

Protokoll

Stadtteilplenum Moabit West

Datum: 18.06.2002
Ort: Waldstraße 32 (Bethania-Gemeinde)
Moderation: Susanne Torka, Susanne Sander
Protokoll: Jürgen Schwenzel
Teilnehmer: s. Liste

Frau Torka begrüßt die Teilnehmer des Plenums. Sie berichtet, dass sich Plenum-Teilnehmer darüber beschwert haben, dass einige Teilnehmer andere unterbrechen oder durch Zwischengespräche stören. Kritisiert wurde auch, dass manche Beiträge so gehalten, dass nur Insider sie verstehen können. Teilweise wurden in Beiträgen andere Teilnehmer unterschwellig schlecht gemacht.

Daher werden alle Teilnehmer gebeten sich an einige Regeln zu halten:

- Alle Handys sind auszuschalten
- Jede/r stellt sich kurz vor
- Andere ausreden lassen
- Sich selbst kurz fassen
- Auf den Punkt kommen
- Nicht wiederholen
- An Lösungen arbeiten

TOP1: Integration - Zusammenleben im Stadtteil und Integration an Schulen

Drei Referentenbeiträge geben Information zu Teilthemen: Michael Rüscher vom Quartiersmanagement stellt Ergebnisse einer (nicht repräsentativen) Befragung des Quartiersmanagements zum Zusammenleben im Stadtteil vor, der Ausländerbeauftragte Mustafa Cakmakoglu berichtet über seine Aufgaben und Möglichkeiten zur Verbesserung des Zusammenlebens im Stadtteil und Undine Kroner, Fachleiterin für Deutsch als Zweitsprache an den bezirklichen Grundschulen, berichtet über die sprachlichen Probleme und Integrationsansätze.

a) Hauptergebnisse der Umfrage:

Akzeptanz anderer Volksgruppe: 57% der Deutschen fühlen sich von Migranten akzeptiert, 65% der Migranten fühlen sich von Deutschen akzeptiert. Es gibt geschlechtsspezifische Unterschiede, das Akzeptanz-Gefühl ist bei Frauen deutlich geringer als bei Männern, höchste Akzeptanz haben die nicht-deutschen Männer.

Mit dem **Zusammenleben** zufrieden sind von den Migranten 56%, von Deutschen 50%, unzufrieden sind 20% der Migranten und 36% der Deutschen. An einer Verbesserung des Zusammenlebens wollen 65% der Deutschen und 58% der Migranten mitwirken.

Ihre eigenen Kenntnisse der deutschen Sprache bewerten 35% der Migranten als gut, der Anteil der schlechten Sprachkenntnisse ist bei den Frauen mit 27% deutlich höher als bei den Männern mit 18%. Interesse zur Teilnahme an Deutschkursen ist bei 50% der Migranten vorhanden.

Eine ausführliche schriftliche Fassung der Ergebnisse ist beim QM Moabit West erhältlich.

b) Aufgaben des Ausländerbeauftragten

Herr Cakmakoglu ist seit 1990 im Alt-Bezirk Tiergarten als Ausländerbeauftragter tätig. Künftig wird es im Neu-Bezirk Mitte nur noch einen Ausländerbeauftragten geben, derzeit sind es noch zwei.

Der Ausländerbeauftragte hat drei Arbeitsbereiche: Grundsatzangelegenheiten, Gremienarbeit und bürgerorientierte Aufgaben. Es gilt neue Konzepte für die Verbesserung der Lebenssituation von Migranten zu entwickeln. Integration bedeute unter Betrachtung der Menschen als Individuen die Herstellung einer Einheit aus differenzierten Gruppen. Für Integration sind zwei Faktoren wesentlich: die integrierende Minderheit und der Integrationswille der Mehrheitsgesellschaft, hier gilt es am Bewußtsein zu arbeiten.

Die bisherige Integrationspolitik habe versagt. Es sind unter Beteiligung der betroffenen Gruppen neue Konzepte zur Integration zu entwickeln. Hierbei gilt es zu berücksichtigen, dass Migranten, die seit 35 Jahren hier leben, nicht als Ausländer beschrieben werden können, sie gehören mit zur hiesigen Gesellschaft, auch wenn sie nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.

Gegenwärtig erarbeitet der Ausländerbeauftragte einen Wegweiser zu den etwa 180 Einrichtungen für Migranten im Bezirk, die Broschüre soll im Juli/August fertig sein. Im Herbst ist eine nächste Sitzung mit Migrantengruppen beabsichtigt. Die Öffentlichkeitsarbeit des Ausländerbeauftragten erfolgt z.B. über Flyer. Interessierte Migranten können sich beim Ausländerbeauftragten im Einzelgespräch beraten lassen.

c) Integration an Schulen

Frau Kroner leitet die Fachkonferenz Deutsch als Zweitsprache (DAZ) im Bezirk. An der Fachkonferenz müssen alle Schulen teilnehmen, die einen Anteil an nichtdeutschen Kindern von mehr als 25% im Westteil bzw. mehr als 8% in Alt-Mitte aufweisen, es sind alle Grundschulen im Bezirk. Über die Fachkonferenz werden erarbeitete Materialien diskutiert und ausgetauscht, erarbeitete Konzepte klarer gemacht und bei positiven Ergebnisse an andere Schulen übertragen.

Frau Kroner berichtet über die Ergebnisse der Sprachstandsuntersuchung „Bärenstark“ bei sechsjährigen Kindern, die den Förderbedarf an Sprachförderung ermittelt hat. Die quantitativen Ergebnisse sind alarmierend, insbesondere bei Migrantenkindern: 10% der Kinder haben gute Sprachkenntnisse, 28% haben Förderbedarf und bei 62% der Kinder besteht hoher Förderbedarf.

Ein Drittel der Migranten-Kinder erreicht keinen Schulabschluss, ein weiteres Drittel erreicht nur den einfachen Hauptschulabschluss. Deren Kinder werden es besonders schwer haben: der Sprachstand bei Kindern der dritten Generation ist schlechter als bei denen der zweiten Generation.

Fördermöglichkeiten für Deutsch als Zweitsprache bestehen durch Förderstunden, in der „hohen Förderung“ gibt es wöchentlich acht Förderstunden. Der Einbau in den Stundenplan ist schwierig, zum Teil beginnen die Förderstunden vor dem normalen Unterricht, teilweise finden sie nach dem sonstigen Unterricht statt. Bei einem hohen Migranten-Anteil an einer Schule können Förderklassen (15 Schüler) eingerichtet werden. Die Richard-Schröter-Grundschule hat als einzige Grundschule für Moabit West Förderklassen, es sind vier Förderklassen und vier Lehrerstellen für DAZ eingerichtet. An der Carl-Bolle-Grundschule wurden zwei Lehrerstellen eingerichtet. Die Kleist-Realschule hat ein Kontingent von 19 Stunden.

Deutsch als Zweitsprache ist kein klassisches Fach in der Lehrerbildung, die Schulung der Lehrer erfolgt über das Berliner Landesinstitut für Schule und Medien LISUM. Zwei Lehrerstellen stehen berlinweit für die Fortbildung zur Verfügung. Außerdem gibt es die Lehrerfortbildung an der TU Berlin. An der Gotzkowsky-Grundschule wurde eine Lehr- und Lernwerkstatt für DAZ in Berlin eingerichtet. Lehrer und Studenten entwickeln Aktivitäten, um Materialien für DAZ zu entwickeln. Es ist notwendig Schule zu verändern, Schule sollte ein Ort im Kiez werden, Schulen nachmittags ein Ort nicht nur für Unterricht sein.

Diskussion

In der Diskussion werden folgende Wünsche deutlich:

Gewünscht werden kleinere Klassengrößen, mehr Leben sollte an die Schulen. Schulen sollten Orte für nachmittägliche Angebote für Jugendliche werden. Erste Ansätze gibt es in der Richard-Schröter-Schule.

Die Kommunikation zwischen Schule und nicht-schulischen Einrichtungen und Gruppen sollte verbessert werden. Der Ausländerbeauftragte stellte klar, dass er schon mit den Schulen im Gespräch ist.

Nicht nur bei Schulen, sondern auch bei den Eltern ansetzen. Eltern brauchen Hilfestellung, viele sind gelernte Falschsprecher, geben den Kindern damit ein negatives Beispiel, sie brauchen auch hierfür Förderung. Gefördert werden sollte auch die Vermittlung von Werten und menschliche Wertschätzung. Es wird vorgeschlagen, in Kitas Elterncafés einzurichten

Die Politik ist ebenfalls gefordert mehr für die Integration zu tun, die finanzielle Ausstattung ist zu verbessern. Zur Veränderung sind Ansätze zur Veränderung über die Landespolitik notwendig.

Ein Vorschlag ist, anstelle der Förderung von Wohnprojekten mehr in Bildung und Ausbildung zu investieren. Die Erzieherausbildung muss verändert werden, damit bei den Kindern schon vor der Schule angesetzt werden kann.

TOP2: Versuche zur Minderung von verkehrsbedingtem Lärm und Schadstoffen in der Beusselstraße – das Projekt HEAVEN

HEAVEN ist die englischsprachige Abkürzung für „Gesündere Umwelt durch Verminderung verkehrsbedingten Lärms und von Luftschadstoffen. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mit den Bereichen Umwelt und Verkehr, die IVU AG und die Europäische Akademie für Städtische Umwelt EAUE führen in Berlin das von der EU geförderte Projekt durch, dass parallel in mehreren europäischen Städten betrieben wird. Hintergrund des Projektes ist, dass die EU-Richtlinien zu verkehrsbedingten Belastungen in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Die Einhaltung der künftigen Grenzwerte soll überwacht werden, bei Überschreitung sind Aktionspläne in Kraft zu setzen, die die Belastungen unter die Grenzwerte senken. Ähnliche Situationen gibt es in praktisch allen Großstädten. Unter 23 Straßen in Berlin mit hohen Belastungen wurde für HEAVEN die Beusselstraße ausgewählt, weil man hofft hier bestimmte Maßnahmen gut untersuchen zu können. Die Beusselstraße zeichnet sich aus durch ihren direkten Anschluss an die Stadtautobahn und einen besonders hohen Lkw-Anteil, für Veränderungen an Ampelschaltungen sind die technischen Voraussetzungen gegeben. Die Beusselstraße erschien daher besonders geeignet weiträumige Umfahrungen bei einem Lkw-Fahrverbot zu erproben.

Drei Maßnahmen werden für jeweils begrenzte Zeitabschnitte ausprobiert: Eine Tempobegrenzung auf 30km/h vom 18. Juni bis Ende August, ein Fahrverbot für Lkw mit mehr als 3,5 Tonnen vom 26.8 bis 15.9., und eine Veränderung von Ampelschaltungen von Mitte September bis Mitte Oktober. Die Maßnahmen werden mit dem bisherigen Zustand verglichen. Seit Herbst 2001 werden Sensoren auf zwei Abschnitten der Beusselstraße zur Registrierung und Geschwindigkeitsmessung von Fahrzeugen betrieben und Belastungsmessungen durchgeführt. 27.000 Fahrzeuge fahren täglich auf dem nördlichen Abschnitt der Beusselstraße, davon 1.700 Lkw. Auf dem südlichen Abschnitt sind es 19.000 Kfz, davon 1.300 Lkw. Zwischen 70 und 80 Prozent der Fahrzeuge sind Durchgangsverkehr. Beim Zielverkehr haben rd. 30 Prozent der Lkw das Ziel Großmarkt bzw. Westhafen.

Das Lkw-Fahrverbot, das nicht für Anliegerverkehre gilt, wird durch Vorwegweiser und Umleitungsempfehlungen begleitet. Zwei Umfahrungen sind vorgesehen: eine weiträumige Umfahrung ab Jakob-Kaiser-Platz zum Ernst-Reuter-Platz und weiter über die Straße des 17. Juni und eine kleinräumige Umfahrung von der Beusselbrücke über Sickingenstraße / Neues Ufer /

Kaiserin-Augusta-Allee. Andere nahräumige Strecken bieten sich nicht als Ausweichrouten für Lkw an, die Gotzkowskystraße weist schon jetzt eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h auf.

Alle Maßnahmen wurden im Vorfeld u.a. mit der IHK und der Fuhrgewerbeinnung abgesprochen, die das Projekt unterstützen. Die Ausweichrouten werden ebenfalls überwacht. Die Planer erhoffen aufgrund von Modellrechnungen eine Senkung bei der Luftschadstoffkomponente PM10 (Feinstaub) von 13% aufgrund des Fahrverbots und von 4% aufgrund von Tempo-30, als Gesamtmaßnahme 15%. Auf die realen Ergebnisse sind die Planer sehr gespannt, bisher gibt es keine praktischen Erfahrungen. Die Auswertung und Bewertung der Ergebnisse soll im Oktober/November erfolgen, die öffentliche Vorstellung der Ergebnisse im Kiez kann im Dezember / Januar erfolgen.

Diskussion

Eine von einer Teilnehmerin befürchtete Mehrbelastung der Anwohner der kleinen Ausweichroute wird von der IVU als gering eingeschätzt, pro Ampelphase wird an der Kreuzung Beusselbrücke / Sickingenstraße mit einem zusätzlichen Lkw gerechnet. An dieser Kreuzung biegen derzeit Lkw vor allem „links“ nach Osten in die Siemensstraße ab. Die Ampelschaltung an der Beusselbrücke / Sickingenstraße wird gegenüber der jetzigen Schaltung noch leicht modifiziert. Hauptziel der Maßnahme ist die weiträumige Umfahrung der Beusselstraße.

Die Kosten des Projekts Heaven für das Land Berlin betragen 600.000 €, die Europäische Union fördert das Projekt mit 460.000 €, die gesamte Laufzeit des Projekts beträgt drei Jahre.

Zur Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30km/h ist keine polizeiliche Zusatzüberwachung vorab von Seite der Planer angefragt, falls erhebliche Überschreitungen festgestellt werden werde Kontakt zur Polizei aufgenommen. Die durchschnittlichen Geschwindigkeiten liegen derzeit bei 35-40 Stundenkilometern.

Nach Ende der Tests könnten die weiträumigen Lkw-Umleitungsempfehlungen bestehen bleiben, welche Maßnahmen nachhaltig die Verkehrsbelastung in der Beusselstraße senken sollen, steht noch nicht fest.

TOP3: Berichte aus den Arbeitsgruppen

AG Grün

Herr Uehlein berichtet, dass sich die Arbeitsgruppe mit dem schlechten Pflegezustand des Grüns auf Straße und Plätzen befasst. Es soll ein Schreiben an das Bezirksamt hierzu verfasst werden, um eine besseres Erscheinungsbild, Beseitigung/Ersatz abgestorbener Straßenbäume einzufordern. Herr Uehlein weist daraufhin, dass das Bezirksamt bei Neuanpflanzungen im Rahmen von Ausgleichsmaßnahmen eine Pflegeverpflichtung eingegangen ist, diese aber nicht einhalte. Zu einer Verknüpfung mit dem Projekt „Grüne Mitte“ berichtet Herr Rösener, dass es sich dabei um eine AB-Maßnahme für die fünf bezirklichen QM-Gebiete handele. Dabei müsse berücksichtigt werden, dass es sich bei den eingesetzten ABM-Kräften um ungelernetes Personal handeln wird.

Multikultureller Fußballklub

Es soll weiter für den Verein geworben werden, mit dem über Sport Integration versucht werden soll.

AG Hundekot

Die Arbeitsgruppe überlegt zum Thema Hunde auf Spielplätzen etwas zu machen und regt an über mögliche Hundeauslaufgebiete nachzudenken.

TOP4: Aktuelles / Verschiedenes

Stadtteilzeitung blickwinkel/deZentrale

Die Zeitung Blickwinkel/deZentrale ist im Juni zum letzten Mal erschienen. Das Bezirksamt hatte eine Sanierungszeitung für die Sanierungsgebiete des Gesamtbezirks ausgeschrieben. Der Moabiter Ratschlag hat an der beschränkten Ausschreibung teilgenommen, sein Angebot allerdings verspätet abgegeben. Zum Abgabezeitpunkt waren die Umschläge mit den anderen Angeboten noch nicht geöffnet, daher bestand laut Aussage des Leiters der Sanierungsverwaltung ein Ermessensspielraum, das Angebot doch noch zu berücksichtigen. Laut Schreiben des Bezirksamts wurde das Angebot wegen der verspäteten Abgabe nicht berücksichtigt. Frau Ute Block (Stadtplanungsamt) berichtet, dass ihr mitgeteilt wurde, dass das konkurrierende Angebot des Scheinschlag aufgrund des Konzepts und Preises ausgewählt wurde. Nach aktuellem Kenntnisstand beim Moabiter Ratschlag soll die Auflage für die Sanierungsgebiete in den Ortsteilen Moabit und Wedding jeweils 5.000 Exemplare betragen, für Mitte 13.000 Exemplare. Blickwinkel /deZentrale hatte eine verteilte Auflage von 15.000 Exemplaren in Moabit, davon 6.500 Exemplare in Moabit West.

Stand verschiedener Vorhaben

Frau Block teilt mit, dass der Kaufvertrag für das künftige **Oldtimerzentrum Wiebestraße** (ehemaliges Straßenbahndepot) abgeschlossen wurde, es ist beim bekannten Konzept geblieben. Baubeginn könnte im Herbst sein. Zum Familienzentrum von SOS Kinderdorf gibt es noch keinen neuen Stand.

Themenvorschläge für das Plenum am 20. August

Im August sollen die Themen

- a) Integrationsförderung in Vorschule und Kita - Öffnung der Kitas zum Stadtteil
 - b) Landeshaushalt – Bericht durch MdA Jutta Leder
- behandelt werden.